

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT

SCHWERPUNKT

Ulrich Müller/Ulrich Papenkort

Lernen an anderen Orten: Erkundung und Exkursion, Studien- und Erlebnisreise

Hanne Wurzel

Lernen an anderen Orten – Erkenntnisse aus der Tagungsbetreuung

Matthias Pfüller

Der leere Ort als Lernimpuls – angewandte Ästhetik in der Gedenkstättenarbeit

Ulrike Steimann

Studienfahrten als Möglichkeit politischer Bildung – Die Beispiele Berlin, Straßburg, Usedom

Kalle Puls-Janssen

Exkursionen im Bildungsurlaub: Conditio sine qua non!

Arno Thomas

Tradition trifft Moderne – Internationale Workcamps zwischen Völkerverständigung und Globalisierung

Martin Michalzik

Köpfe, Kameras, Krönungsmessen - Parteitage als medienpädagogischer Lernort?

Kirsten Kuhlmann/Martin Placke

Die Umwelt als Lernfeld – Umweltbildung in der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte Emsland

ADB-FORUM

Hilmar Peter

Was soll eigentlich diskutiert werden?

Ein Kommentar zu den „21 Anmerkungen zur aktuellen Diskussion über Bildung“

METHODEN UND ARBEITSFORMEN

Gertrud Gandenberger

„EU-Mitentscheidungsverfahren – ein Planspiel“

INFORMATIONEN

Meldungen

Aus dem AdB

Personalien

Bücher

Markt

IMPRESSUM

Studienfahrten als Möglichkeit politischer Bildung

Beispiele: Berlin, Straßburg, Usedom

Ulrike Steimann

Ulrike Steimann setzt sich mit den Möglichkeiten politischer Bildung im Rahmen von Studienreisen auseinander. An drei Beispielen wird erläutert, welche Bildungspotenziale in der Anschauung vor Ort, in der Begegnung mit den Menschen in ihrem Lebensumfeld, in den Gesprächen mit Experten liegen und wie dadurch auch nachhaltigeres Interesse an Politik geweckt werden kann. Sie kritisiert, dass die Förderung von Studienreisen zu wenig deren praktische Erfordernisse in Rechnung stellt.

„Reisen gehört im Zeitalter der Erlebnisgesellschaft zum Lebensstil. Politische Bildung ohne Scheuklappen kann vor diesen Fakten nicht die Augen verschließen“.¹ In der Tat: Die Menschen reisen, allen Krisen, Terrorgefahren und wirtschaftlichen Sorgen zum Trotz. Das Bedürfnis zu reisen ist ein elementares und ursprüngliches Bedürfnis, das über seine Triebfedern – Fernweh und Neugierde – unmittelbar im Menschsein wurzelt.² Dank Motorisierung, Ausbau der Verkehrswege und

Reisen wurde zum Markenzeichen unserer modernen und grenzenlos mobilen Erlebnisgesellschaft

internationaler Verflechtung der Kommunikations- und Verkehrssysteme wurde Reisen zum Markenzeichen unserer modernen und grenzenlos mobilen Erlebnisgesellschaft. Und schon immer verbanden viele Menschen ihre Lust am Reisen mit dem Willen zum Lernen, zum Entdecken des Unbekannten, der Neugierde auf unterschiedliche Kulturen, politische und wirtschaftliche Realitäten, Landschaften und Städte,

Religionen und Sprachen. Warum also nicht die Chance nutzen, auf die Nachfrage nach dieser besonderen Art des Lernens mit einem Angebot der politischen Bildung zu reagieren?

Schon in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts formulierte *Adolf Reichwein* die drei Säulen der Reisepädagogik:

- eine Studienfahrt soll den geistig-politischen Horizonts bereichern;
- sie soll den Blick für die politische und soziale Wirklichkeit im jeweiligen Zielgebiet schärfen;
- es bedarf intensiver Vor- und Nachbereitung, um diese Lernziele zu erreichen.

Studienfahrten als zeitgemäße Methode politischer Bildung sind notwendig und sinnvoll, um der politischen Bildung neue Impulse zu geben und neue Zielgruppen zu gewinnen. Die Bedeutsamkeit unmittelbarer Anschauung für menschliche Lernprozesse ist unbestritten, trotzdem spielte das Lernen vor Ort in der politischen

¹ *Klaus Jentsch*: Studienreisen als Möglichkeiten politischer Bildung, in: *Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (Hrsg.)*: Praktische politische Bildung. Stuttgart 1997, S. 76 – 82.

² *Wolfgang Günter*: Geschichte der Bildungsreise, in: ders. (Hrsg.): Handbuch für Studienreiseleiter, München – Wien ³2003, S. 1 – 23.

³ Studienfahrt / Studienreise, in: *Georg Weißeno (Hrsg.)*: Lexikon der politischen Bildung, Band 3, Methoden und Arbeitstechniken, Schwalbach/Ts. 2000, S. 180.

Bildung lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle. Mit dieser Veranstaltungsform werden jedoch auch Menschen aktiviert und angesprochen, deren Interesse an den „klassischen“ Methoden politischer Bildung eher gering ist. Über den Anreiz einer Reise gelingt es, das durchaus vorhandene, aber zuweilen etwas diffuse Interesse an Politik für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung nutzbar zu machen. Die positiven Aspekte einer politischen Studienfahrt sollten daher nicht unterschätzt werden, denn sie liefert Werbung und Teilnehmer/innen für die unter Rechtfertigungsdruck geratene politische Bildung und fördert in vielen Fällen nachhaltige Bildungsprozesse.

Studienfahrten sind wichtig, um betriebswirtschaftlich sinnvoll politische Bildungsarbeit fortführen zu können

Studienfahrten sind darüber hinaus wichtig, um Bildungsträger in die Lage zu versetzen, weiterhin kostendeckend und betriebswirtschaftlich sinnvoll ihre politische Bildungsarbeit fortzuführen in einer Zeit, in der sich viele Bildungshäuser in einer existenziellen Krise befinden.⁴ Die *Karl-Arnold-Stiftung*, die über 40 Jahre selbst eine eigene Bildungsstätte in Bonn-Bad

Godesberg betrieb, musste diese Ende des Jahres 2001 aufgeben, weil ein wirtschaftlicher Betrieb aufgrund der zu geringen Auslastung des Hauses nicht mehr möglich war. Ohne eigene Bildungsstätte können wir nun Veranstaltungen überall dort durchführen, wo sie thematisch sinnvoll sind, und kommen so dem gewandelten Weiterbildungsinteresse unserer Zielgruppen entgegen, ohne unter dem Druck der permanenten Belegung des eigenen Tagungshauses zu stehen. Studienfahrten erlauben es dem Bildungsträger außerdem, Teilnehmerbeiträge zu erheben, die um einiges höher liegen als bei „normalen“ Wochen- oder Wochenendveranstaltungen in der Bildungsstätte. Dadurch werden Bildungsträger in die Lage versetzt, auch weiterhin hochsubventionierte Bildungsangebote, z. B. für Jugendliche und sozial Benachteiligte, im Wege der Quersubventionierung anzubieten und zugleich – trotz andauerndem Rückgang der öffentlichen Zuwendungen - das qualitative Niveau der Bildungsveranstaltungen zu halten.

Studienfahrten schaffen einen direkten erlebnisbezogenen Zugang zur gesellschaftspolitischen Wirklichkeit und der Untersuchung der Politik vor Ort. Theorie und Abstraktion werden ergänzt um die reale Anschauung, die unmittelbare Erfahrung und das persönliche Gespräch mit unterschiedlichen Entscheidungsträgern. In der konkreten Betrachtung können Erfahrungen und Kenntnisse erworben werden, die eine künstliche Form der Anschauung und Vermittlung – z. B. durch Vorträge, Diskussionen, Schaubilder, aber auch durch aktivierende Methoden wie Planspiele oder Workshops - nicht ermöglicht. Begegnungen und Gespräche statt durch Massenmedien transportierte Bilder machen den Teilnehmenden politische Gegebenheiten erfahrbar, die ihnen im Alltag verschlossen bleiben. Durch die Diskussion mit Experten und Beteiligten werden Urteile und Einstellungen überprüft und findet ein punktueller Perspektivenwechsel statt. „Vor dem Hintergrund einer durchdachten Gesamtkonzeption lässt sich [im Rahmen einer Studienreise] über Wissensaneignung, konkrete Anschauung und persönliche Begegnung eine sinnhafte, kritische Auseinandersetzung über das Gesehene und Erlebte vermitteln, die zu einem tieferen Verständnis des Zielgebietes

⁴ Siehe hierzu *Außerschulische Bildung* 2/2005.

sowie der historischen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Zusammenhänge beiträgt“⁵.

Lernen vor Ort sollte Erlebtes in geeigneter Form aufarbeiten

Die konkreten Erfahrungen vor Ort müssen um theoretisches Wissen ergänzt und ggf. auch dadurch relativiert werden. Lernen vor Ort sollte daher nicht nur Eindrücke und Erlebnisse vermitteln, sondern Erlebtes in geeigneter Form aufarbeiten und hinterfragen durch inhaltliche Hinführung am Anfang und Reflexionsphasen während und am Ende des Seminars. Dies ist die Aufgabe des Tagungsleiters. Er ist für die Vor- und Nachbereitung, für die Einordnung des Erlebten in den Gesamtzusammenhang und für die „Sinnggebung“ im weitesten Sinne zuständig, indem er Bezüge zum Vorwissen und zur Lebenserfahrung der Teilnehmenden herstellt.

Eine Studienreise dient aber nicht nur dem Wissenserwerb, sondern vermittelt auch soziale Erfahrungen in der Gruppe und den Umgang mit ungewohnten Situationen. Sie antwortet nicht zuletzt auf den Wunsch der Menschen nach Freude am Lernen, die bei aller Ernsthaftigkeit nicht zu kurz kommen darf und auch nicht mit Oberflächlichkeit verwechselt werden sollte. Wenn Menschen sich freiwillig für mehrere Tage die Zeit zur politischen Weiterbildung nehmen und Interesse bekunden, sich mit geistig anspruchsvollen Themen wie der komplizierten Funktionsweise von Institutionen, Strukturen und politischen Entscheidungsmechanismen in der Demokratie auseinander zu setzen, und sei es in Form einer Bildungsreise, so sollte dies den politischen Bildner freuen und nicht mit Naserümpfen herabgewürdigt werden.

Themen und Ziele

Die politischen Studienreisen, die von der *Karl-Arnold-Stiftung* angeboten werden, bestehen in der Regel aus thematisch miteinander verbundenen Bildungsmodulen wie Besichtigungen, Führungen, Erkundungen und Gesprächen, die eingebunden sind in Vorbereitungs- und Reflexionsphasen. Die einzelnen Module sind logisch aufeinander aufgebaut und beziehen sich inhaltlich aufeinander, auch wenn sich nicht jeder Programmpunkt immer zum gewünschten Termin realisieren lässt. Ihr thematischer Schwerpunkt liegt in den Bereichen „Deutsche Demokratie, Geschichte und Politik“ sowie „Europa“. Unsere Zielorte sind deshalb überwiegend Berlin und die europäischen Hauptstädte Straßburg und Brüssel. Daneben bieten wir unter der Themenstellung „Deutschland aktuell – Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in den neuen Bundesländern“ auch Fahrten in ausgewählte Regionen der neuen Länder an (Dresden/Leipzig, Weimar/Erfurt und die Insel Usedom).

Unsere Studienfahrten informieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über aktuelle oder zeithistorische deutschland- und europapolitische Fragen. Eine auf ein Spezialthema, wie z. B. die Innen- und Justizpolitik der *Europäischen Union*, fokussierte Ausrichtung ist eher selten und erfolgt nur bei besonderen Zielgruppen. Durch Begegnung, durch Besichtigung historischer Orte, durch den Besuch von Parlamenten und Institutionen und das Gespräch mit Experten erhalten die Teilnehmenden Gelegenheit, ihr historisch-politisches Bewusstsein zu schärfen, ihr

⁵ Wolfgang Günter: Allgemeine Didaktik und Methodik der Studienreise, in: *ders.* (Hrsg.): Handbuch für Studienreiseleiter, a. a. O., S. 144 – 169

Grundlagenwissen über politische Strukturen und Entscheidungsmechanismen zu vertiefen und vorhandenes Wissen aufzufrischen sowie die Hintergründe tagespolitischer Debatten zu beleuchten. Sie lernen den Arbeitsalltag in den Parlamenten und politischen Behörden kennen, Distanzen werden aufgehoben und die Arbeit der Institutionen des politischen Systems auf Landes-, Bundes- und Europaebene transparent gemacht. Das wichtigste Ziel aller unserer Studienfahrten ist es, für die parlamentarische Demokratie zu werben, die Teilnehmenden mit ihren Rechten und Pflichten in Gesellschaft und Staat vertraut zu machen und im Sinne demokratischer Grundüberzeugungen zu bilden.⁶

„Berlin – Brennpunkt deutscher Geschichte und Politik“

Berlin ist ein einzigartiger Lernort für die Aufklärung über die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts

Berlin ist ein einzigartiger Lernort für die Aufklärung über die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts sowie die Sensibilisierung der Teilnehmenden für das Weiterwirken der Vergangenheit in der politischen Gegenwart. Keine andere Stadt in Deutschland bietet einen so unmittelbaren Zugang zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs, der deutschen Teilung und der getrennten Entwicklung in Ost und West, des Repressionssystems in der DDR, der Überwindung der deutschen Teilung und des gesellschaftlichen Wandels seit der Wiedervereinigung. In Kooperation mit Gedenkstätten und Institutionen und im Gespräch mit Zeitzeugen können Themen wie politische Unterdrückung, Schuldverstrickung, Anpassung, Widerstand und Zivilcourage erörtert und persönlich erfahrbar gemacht werden. Aus der Fülle authentischer Orte und Gedenkstätten werden je nach thematischer Schwerpunktsetzung des Seminars und der Teilnehmergruppe vor allem folgende Ziele herausgesucht: *Haus der Wannseekonferenz, Gedenkstätte Topographie des Terrors, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, das neueröffnete Holocaustmahnmal, Gedenkstätte Hohenschönhausen, Informations- und Dokumentationszentrum der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen („Birthler-Behörde“), Gedenkstätte Normannenstraße*. Am Anfang einer jeden Fahrt nach Berlin steht außerdem ein Besuch der *Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn*. In einem Rundgang über das ehemalige Grenzgelände erläutern wissenschaftliche Referenten und Zeitzeugen das perfide Grenzüberwachungssystem der DDR und schildern die inneren Abläufe der Kontrollen sowie die personellen Strukturen und Unterstellungsverhältnisse der Grenzbeamten. Die Besichtigung von Wachtürmen, Kontrollräumen und geheimen Tunnelsystemen runden die Führung ab.

Natürlich dürfen die Darstellung und Vermittlung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, denen Berlin seit der Wiedervereinigung, insbesondere in seiner Funktion als Bundeshauptstadt, gegenüber steht, auf so einem Seminar nicht fehlen. Zu diesem Zweck werden ausführliche Stadtrundgänge oder Stadtrundfahrten durchgeführt. Orts- und sachkundige Führer mit gutem politischem Hintergrundwissen stellen ausgewählte Orte und Gebäude einzelner Stadtbezirke in ihren Bezügen zur sozialen und politischen Wirklichkeit der Stadt vor, z. B. die einstigen Arbeiterviertel Moabit, Wedding und Prenzlauer Berg, oder die durch den Wegfall der Mauer zu neuer Bedeutung gelangten Stadtbezirke Mitte und Kreuzberg.

⁶ Zum Selbst- und Bildungsverständnis der Karl-Arnold-Stiftung s. das Leitbild der Stiftung, zu finden auf ihrer Homepage www.karl-arnold-stiftung.de.

Die Vermittlung und Vertiefung von Kenntnissen über die historischen Grundlagen und die Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie und des Föderalismus ist ein weiteres wichtiges Lernziel unserer Berlinfahrten. Bei Informationsbesuchen im Bundestag, Bundesrat oder in verschiedenen Ministerien werden die Konzeption des Grundgesetzes als Antwort auf die fehlgeschlagene Weimarer Verfassung und das Zusammenwirken der verschiedenen Verfassungsorgane praktisch erfahrbar. In Diskussionen mit Abgeordneten über die aktuellen Bemühungen der Parteien, nach einer Bundestagswahl eine stabile Regierung zu bilden, erschließt sich den Seminarteilnehmern z. B. der Sinn der Artikel 67 (Konstruktives Mißtrauensvotum) und 68 (Vertrauensfrage, Auflösung des Bundestages) unmittelbar. Sie erkennen die Instabilität eines parlamentarischen Systems, das dem Parlament die Möglichkeit einräumt, sich selbst aufzulösen und jederzeit Neuwahlen auszurufen zu können, wie es in der Weimarer Republik möglich und üblich war. Permanente Neuwahlen können schnell zur Wahlmüdigkeit bei Bürgerinnen und Bürgern führen und stärken vor allem extremistische Parteien von links und rechts, die ihre Anhänger in der Regel leichter mobilisieren können als die demokratischen Parteien.

Der Deutsche Bundestag im Reichstagsgebäude gehört wie andere Parlamente auch zu den klassischen außerschulischen Lernorten der politischen Bildung. Kernstück des Bundestagsbesuches sind eine einführende Information über Zusammensetzung, Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments, die Vorstellung des Plenarsaals und die Begegnung mit einem/einer Bundestagsabgeordneten, dazu nach Möglichkeit die Teilnahme an einer Plenarsitzung, die sich jedoch aufgrund des großen Besucherandrangs nicht immer realisieren lässt. Der Wissensstand der Teilnehmer/innen um die Funktionslogik des deutschen parlamentarischen Regierungssystems ist sehr unterschiedlich. Handelt es sich um Erwachsenengruppen, kann in der Regel – anders als bei einem Besuch des Europäischen Parlaments - von einem recht guten Vorwissen ausgegangen werden. Häufig nehmen an den Studienfahrten kommunale Mandats- und Funktionsträger/innen teil oder Personen, die auf andere Weise ehrenamtlich in der Kommune arbeiten und allgemeines politisches Interesse haben. Anders sieht dies bei Schülergruppen und Auszubildenden aus, die häufig nur über unzureichende Kenntnisse verfügen, weil der Politikunterricht in der Schule vernachlässigt wurde.

Aufgaben und Tätigkeit des deutschen Bundestages werden kompetent und verständlich durch den Besucherdienst erläutert und der Plenarsaal in seiner Funktionalität vorgestellt. Gelegenheit für eine vertiefende Diskussion bieten in der Regel die Gespräche mit einem oder einer Bundestagsabgeordneten, die den Teilnehmer/innen ihren Arbeitsalltag erläutern und mit ihnen die aus ihrer Sicht wichtigsten Themenfelder der aktuellen Politik erörtern. Programmpunkte dieser Art sollten nicht als „Bundestagstourismus“ abqualifiziert werden – was bei professionellen politischen Bildnern, aber auch bei Zuwendungsgebern schon einmal vorkommt.

Im Bundesrat werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den föderalen Aufbau Deutschlands und Geschichte, Aufgaben und Kompetenzen der Länderkammer informiert. Bei Jugendgruppen ist der Besucherdienst des Bundesrates schon seit längerem dazu übergegangen, diese Wissensvermittlung durch Rollenspiele zu leisten. Ziel des Rollenspiels ist es, die „Schülerinnen und Schüler darin [zu] üben, zu einem selbst gewählten Thema klar und überzeugend Position zu beziehen. Sie gelangen zur Erkenntnis, wie komplex die Sachthemen

behandelt werden müssen, wie breit das Meinungsspektrum zu einem Sachverhalt auseinander fällt und wie vielgestaltig die Gründe sind, die zu einer Entscheidung führen“. ⁷ In der Tat ist es interessant zu beobachten, wie die Jugendlichen in kurzer Zeit komplexe Argumentationsmuster erarbeiten und am Rednerpult im Plenum zur Diskussion stellen, um anschließend darüber abzustimmen. Beliebte Gesetzesvorhaben, die in den vergangenen Jahren immer wieder mit jugendlichen Besuchergruppen durchgespielt wurden, waren z. B. „Legalisierung weicher Drogen“, „Führerschein mit 16 Jahren“ oder „Rauchverbot auf öffentlichen Plätzen“.

Die zwischen Besucherdienst und Seminargruppe geführten Diskussionen konzentrieren sich regelmäßig auf die politischen Auswirkungen der unterschiedlichen parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse in Bundestag und Bundesrat, die immer wieder lähmende gegenseitige Blockade beider Verfassungsorgane und die Aufgaben des Vermittlungsausschusses. Ob gezielte Ablehnung eines Gesetzesvorhabens durch eine Partei oder gemeinsame partei- und länderübergreifende Zustimmung – die Entscheidungen im Bundesrat bieten ein gutes Beispiel, um über Stärken und Schwächen der föderalen Struktur und die politische Verantwortung der wichtigen Entscheidungsträger/innen zu reflektieren. Der Programmpunkt Bundesrat erweist sich daher immer wieder als ein wichtiger Impulsgeber zum besseren Verstehen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Die intensive Bearbeitung des Themenfeldes „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland“ auf den Studienfahrten nach Berlin steigert die Nachfrage nach Institutionenkunde

Gerade dieses Themenfeld - „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland“ -, das auf unseren Studienfahrten nach Berlin intensiv bearbeitet wird, ist ein gutes Beispiel dafür, dass durch die Erweiterung des methodischen Repertoires in Richtung lebensweltorientierter Angebote die Nachfrage nach dieser an sich trockenen politischen Institutionenkunde

gesteigert werden kann. Der Austausch mit Experten über die Grundlagen unserer Demokratie wie über aktuelle politische Themen, die je nach Interessenlage und Zusammensetzung der Seminargruppe von der Gesundheitspolitik über die Außen- und Sicherheitspolitik, die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bis zur Finanzpolitik reichen, stärken das Interesse an Politik und/oder Geschichte und motivieren viele Teilnehmende – so das Feedback und die Ergebnisse unserer Fragebögen - wieder verstärkt am politischen Geschehen teilzunehmen.

„Europa vor Ort“ – Studienfahrten nach Straßburg

Wie schafft es politische Bildung, in Zeiten europäischer politischer Dauerkrise Sinn und Zweck des europäischen Einigungswerkes verständlich zu machen und für ein Europa zu werben, das – bei allen Mängeln - die größte friedensstiftende Leistung der vergangenen Jahrzehnte darstellt?

Politische Bildung, die im Abstrakten verweilt, kann nicht nachhaltig wirksam werden

Die Kenntnisse in der Bevölkerung über Europa und die Europäische Union sind bekanntermaßen bescheiden, umso größer dagegen die Vorurteile

⁷ www.bundesrat.de, Service, Besuch des Bundesrates.

gegen „die“ in Brüssel oder Straßburg. In der Europathematik zeigt sich vielleicht am deutlichsten, dass politische Bildung, die im Abstrakten verweilt, nicht nachhaltig wirksam werden kann. Da europäische Politik im Alltag kaum wahrgenommen wird, auch wenn sie de facto in das Leben eines jeden einzelnen EU-Bürgers tief eingreift, bleibt Europa für die meisten eine bürokratische Konstruktion mit Kommissionen, Räten und Beamten, erfunden und gelebt von fernen Politikern und Technokraten. Ein diffuses Unbehagen hat sich breit gemacht, das noch durch den Eindruck verstärkt wird, Europa mische sich in Dinge des alltäglichen Lebens ein, aus dem es sich besser heraushalten sollte. In der Tat überkommt selbst den europafreudigsten Menschen zuweilen das Gefühl, dass das institutionalisierte Europa seine Bürgerinnen und Bürger als unmündige Kinder begreift, die vor ihrer eigenen Dummheit durch die Weisheit und Klarsicht der Brüsseler Bürokraten geschützt werden müssen. Auf den Seminaren in Straßburg und Brüssel wird immer wieder deutlich, dass viele Teilnehmer/innen gerade auch hier den Kern der Krise der Europäischen Union sehen, die Erfahrung nämlich, dass Entscheidungen fernab der täglichen Realität über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen werden und bei den Betroffenen selbst der Eindruck entstehen muss, ein lästiger „Störfaktor“ im politischen Prozess zu sein. Die Tatsache, dass fast alle „Brüsseler“ Entscheidungen tatsächlich durch die einzelnen Mitgliedsstaaten angeregt, zumindest aber immer entschieden werden, ist dabei den wenigsten bewusst. Diese Erkenntnis als ein wichtiges Ergebnis der europapolitischen Studienfahrten löst zumindest bei dem einen oder anderen Teilnehmer einen kleinen AHA-Effekt aus.

Studienfahrten sind also eine gute Gelegenheit, den Schleier zu lüften und dem uninformatierten Zeitgenossen Einblicke in die Geheimnisse der Europäischen Union zu ermöglichen. Hier vor Ort wird alles real und mit Händen greifbar. Wer einmal das institutionalisierte Europa mit eigenen Augen gesehen, dort Gespräche geführt oder eine Plenarsitzung des Parlaments besucht hat, findet plötzlich Orientierung im Begriffsdschungel zwischen „Europäischer Rat“, „Europarat“ und „Rat der Europäischen Union“.

Ohne gründliche inhaltliche Einführung können Einzelaspekte der europäischen Integration nicht eingeordnet werden

Eine gründliche inhaltliche Einführung und die Klärung von Begriffen zu Beginn und im Verlauf des Seminars haben sich als unbedingt notwendig erwiesen, da ohne einen Gesamtüberblick über die Geschichte der europäischen Integration und die Organe der EU die Einzelaspekte des Programms nicht eingeordnet werden können. Kenntnisse über die Arbeitsweise oder die

Zuständigkeiten der Organe und Institutionen der EU sind beim „normalen“ Seminarteilnehmer nur in Ansätzen vorhanden und fehlen z. B. bezüglich der „Verfassung“ völlig. Auf den einleitenden Informationsblock aufbauend werden daher an den folgenden Seminartagen jeweils vor Besuch einzelner Organe und Institutionen zielgerichtet weitere, durch Bild- und Textmaterial unterstützte Informationen gegeben. Die angewandten Methoden sind vielfältig und abhängig von der zur Verfügung stehenden Zeit und den vorhandenen Räumlichkeiten. So kommen abwechselnd Lehrgespräch, AV-Präsentation, Feature oder auch Videos und Rätsel zum Einsatz. Erst mit diesem Vorwissen können ertragreiche Gespräche mit Vertretern des Europäischen Parlaments, der Kommission, des Rates oder beim Europäischen Bürgerbeauftragten und im Europarat geführt werden.

Die Möglichkeit, als Zuschauer an der Debatte des Europäischen Parlaments und anschließender Abstimmung teilzunehmen, ist für die meisten Teilnehmer in vieler Hinsicht lehrreich. Hier erhalten sie Einblicke in den Ablauf und die formalen Grundlagen der Debatten wie Anwesenheitsübersicht, Statements der Europaabgeordneten zur aktuellen Thematik, zeitliche Beschränkung der Beiträge, namentliche Abstimmung und En-bloc-Abstimmungsverfahren.

Die Gespräche mit den unterschiedlichen Europaabgeordneten verlaufen in der Regel in einer entspannten und offenen Atmosphäre. Den meisten Abgeordneten gelingt es, die Besuchergruppe in die Problematik des Europäischen Parlaments und seine Aufgaben einzuführen. Eine Teilnehmerin drückte es folgendermaßen aus: „Gerade dieses stete Ringen und Suchen um die besten Entscheidungen für EUROPA, die stets zunehmende Globalisierung und deren Auswirkungen sind uns sehr deutlich vermittelt worden. Diese Fahrten haben Auswirkungen auf unser politisches Denken“.

Der Besuch des Europarates in Straßburg ist ebenfalls ein wichtiger Programmpunkt einer Seminarwoche. Während des informativen Besuchs gehen die Mitarbeiter/innen des Besucherdienstes und ausgewählte Fachreferenten besonders auf die Ursprünge des europäischen Einigungsprozesses und aktuelle Fragen des Schutzes von Menschenrechten auch in den europäischen Staaten ein. Die Rolle des Europarates, seine Geschichte und seine Möglichkeiten im Rahmen seiner Zielsetzung werden den meisten Teilnehmern hier wohl zum ersten Mal deutlich.

Im Elsass kann deutsch-französische Geschichte mit ihren Spannungen unmittelbar erfahren werden

Nirgendwo ist französische und deutsche Kultur so tief miteinander verwurzelt wie im Elsass, wo die deutsch-französische Geschichte mit ihren unterschiedlichen Spannungen und Verhältnissen unmittelbar erfahren werden kann. Kriege, Niederlagen und Siege prägten dieses Land mehr als jedes andere in dem von Zwistigkeiten um Macht

und Glauben zersetzten Europa. Im Verlauf der Fahrt durch einen Teil des Elsass' und auf einer Stadtführung durch Straßburg wird dieses über viele Jahrhunderte problematische Verhältnis der Deutschen und Franzosen thematisiert. Das Elsass war seit jeher „eine europäische Schicksalsregion“. Der Rhein bildet historisch gesehen erst seit den letzten zwei Jahrhunderten eine Grenze, über lange Zeiträume betrachtet war er dagegen vor allem eine Achse der Kommunikation von Süden nach Norden, von Westen nach Osten und umgekehrt. Diese europäische Komponente von Geschichte und Gegenwart zu beleuchten und für die Zukunft sichtbar zu machen, ist ein Ziel der Exkursion. In Straßburg und im Elsass wird das Phänomen der Feindschaft wie der Aussöhnung lokal „erfahrbar“ und erschließt sich den Teilnehmern auf der Ebene der konkreten politischen Gestaltung. Mit Straßburg lernen die Teilnehmenden die Stadt der europäischen Einigung kennen, mit dem Europa-Viertel, den EU-Institutionen sowie dem Europarat und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, und die Stadt des über viele Jahrhunderte besonderen deutsch-französischen Verhältnisses. Was kann z. B. die spannungsreiche und wechselvolle deutsch-französische Geschichte besser symbolisieren als das Gefallenendenkmal in der Mitte der Place de la Republique, das eine Mutter mit einem deutschen und einem französischen Soldaten im Arm darstellt.

„Deutschland aktuell: Zur politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung in der vorpommersch-polnischen Grenzregion“ – Studienfahrten auf die Insel Usedom

Die Fahrten in die neuen Bundesländer sollen Verständnis wecken für die Notwendigkeit und Wichtigkeit der Entwicklung der strukturschwachen ostdeutschen Regionen. Gerade vor dem Hintergrund der immer wieder geführten Diskussion über Ziel und Ausmaß der Ostförderung und den Erfolgen rechts- und linksextremer Parteien in den neuen Ländern sind Seminare sinnvoll, in denen es darum geht,

Studienreisen in die neuen Länder bieten vor allem Westdeutschen die Gelegenheit, den ihnen oft unbekanntem Osten kennen zu lernen

Vorurteilen und pauschaler Kritik an der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Ostdeutschland entgegenzutreten. Studienreisen in die neuen Länder bieten vor allem Westdeutschen die Gelegenheit, den ihnen oft unbekanntem Osten kennen zu lernen, alte deutsche Kulturstädte und -landschaften wieder zu entdecken und eine veränderte Sichtweise auf die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung seit 1990 zu gewinnen.

Ein praktisches Beispiel für die zwiespältige Entwicklung in Ostdeutschland bietet die Region Vorpommern mit der Insel Usedom und den Städten Greifswald und Stralsund. Die *Karl-Arnold-Stiftung* führt mehrere Fahrten im Jahr in diese Region durch, die stets auf große Resonanz stoßen. In vielen Gesprächen mit Bundes- und Landtagsabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern, mit Landräten, Bürgermeistern oder mit Mitgliedern der kommunalen Verwaltung und verschiedener Stadtratsfraktionen eröffnet sich den Teilnehmern ein ungeschminktes Bild der Situation vor Ort: Abwanderung der jungen Menschen, Arbeitslosenquote häufig über 20 Prozent, häufig noch unzureichende Infrastruktur, kein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum. Aber auch die Chancen geraten ins Blickfeld. Sie ergeben sich vor allem durch die geographische Lage und den wachsenden Wirtschaftsstrom in Richtung Nord- und Osteuropa. Die Bevölkerung Vorpommerns hofft insbesondere nach der EU-Osterweiterung durch Polen auf einen neuen Wirtschaftsschub.

Wichtige Wirtschaftsfaktoren Vorpommerns sind Tourismus, Bildung und Forschung und die Energiepolitik. Die Tourismusentwicklung sorgt für überdurchschnittliche Kaufkraft im Vergleich zum Rest des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern und bietet manchen Bürgern eine saisonale oder dauerhafte Arbeitsmöglichkeit in Heimatnähe und damit eine Alternative zu anderen Tourismuszentren wie Bayern, Österreich oder die deutsche und niederländische Nordseeküste.

Neben dem Tourismus sind vor allem die Universitäten und Hochschulen ein Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Gleichzeitig wirken sie der demographischen Entwicklung im Nordosten Deutschlands entgegen und regen junge Menschen aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland an, hier nicht nur ihre Ausbildung zu absolvieren, sondern vielleicht auch eine Existenz zu gründen und auf Dauer zu bleiben

Ein anschauliches Beispiel für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Vorpommern bieten Besuche im ehemaligen *Atomkraftwerk Lubmin* und im *Max-Planck-Institut für Plasmaphysik (MPI)* in Greifswald. Das Kraftwerk Lubmin lieferte bis 1990 Energie aus der Kernspaltung, das MPI untersucht dagegen die

physikalischen Grundlagen für ein Fusionskraftwerk, das - ähnlich wie die Sonne - Energie aus der Verschmelzung leichter Atomkerne gewinnen soll.

In Gesprächen mit Mitarbeitern der Energiewerke Nord in Lubmin wird deutlich, welchen Vorteil die Region aus einem neuen Kraftwerk, mit welchem Energieträger auch immer, ziehen könnte. Seit 1991 läuft die Demontage des niemals ganz fertig gestellten Kernkraftwerks. Die Planung sieht den Rückbau der Anlage bis 2010 vor. Rund 1100 Menschen, darunter 450 Ingenieure, sind damit beschäftigt, den Atommeiler zu zerlegen und den Restbetrieb aufrechtzuerhalten. Zurzeit ist offen, ob nach Beendigung der Abrissarbeiten das Personal weiterbeschäftigt werden kann und ob die beim Abriss entwickelten Techniken vermarktet werden können. Die Betreiber der Energiewerke Nord hoffen jedenfalls auf Anschlussprojekte und bieten ihr selbst entwickeltes Know-how international an.

Ziel der Fusionsforschung am *Max-Planck-Institut* in Greifswald ist es, aus der Verschmelzung von Atomkernen Energie zu gewinnen. Die Auswahl an ausreichend ergiebigen Energiequellen, die Kohle, Erdöl und Erdgas ersetzen könnten, ist begrenzt, so dass neben Sonnen- und Windenergie sowie Kernspaltung die Kernfusion als eine zukünftige Energiequelle ins Auge gefasst wird. Da ein Fusionskraftwerk u. a. günstige Umwelt- und Sicherheitseigenschaften aufweisen wird, könnte die Fusion nach Meinung der Max-Planck-Wissenschaftler nachhaltig zur künftigen Energieversorgung beitragen.

Zum Standardprogramm der Fahrten auf die Insel Usedom gehören Gespräche und Begegnungen mit Kommunalpolitikern der Stadt Swinemünde und mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen. Bei dieser Gelegenheit diskutieren die Teilnehmer/innen die Auswirkungen des polnischen EU-Beitritts auf die vorpommersch-polnische Grenzregion. Noch gibt es neben den Hoffnungen auf einen anhaltenden Wirtschaftsschub als Folge des Beitritts auch viele Ängste auf beiden Seiten. Während manche Polen einen Ausverkauf ihres Landes an wohlhabende Deutsche befürchten, sorgen sich die Bewohner der Insel Usedom um die wachsende Konkurrenz, die ihnen in den polnischen Seebädern auf der benachbarten Insel Wollin erwächst. Hinzu kommt die Angst vor einem Verkehrskollaps, sollte der Grenzübergang zwischen Ahlbeck und Swinemünde komplett für den PKW- und LKW-Verkehr geöffnet werden.

Auch auf der Insel Usedom wird jede Seminargruppe von der deutschen Geschichte eingeholt. Auf dem Gelände des Golm im Süden der Insel, vor dem Krieg ein beliebtes Ausflugsziel der Swinemünder Bevölkerung, wurden die 23.000 Opfer des Luftangriffs vom 12. März 1945 auf den Militärhafen Swinemünde begraben. Die Stadt Swinemünde wurde nach dem 2. Weltkrieg polnisch, die kleine Erhebung Golm mit der Gedenkstätte blieb deutsch. Engagierte Mitglieder der *Interessengemeinschaft Golm* halten das Gedenken an die Opfer des Krieges und die deutsch-polnische Versöhnung unter schwierigen Bedingungen mit großem Engagement wach und führen die Teilnehmer/innen an die Grenze und über das weitläufige Waldgelände des Golm.

Im Norden der Insel liegt das *Historisch-Technische Informationszentrum Peenemünde*. Hier wurde in dem eindrucksvollen Gebäude des ehemaligen Kraftwerks der Raketenversuchsanlage eine ständige Ausstellung unter dem Titel „Die zwei Enden der Parabel“ etabliert, die die bahnbrechenden Neuerungen in der

Entwicklung der Raketentechnik ebenso dokumentiert wie das politisch-historische Umfeld. Der enge innere Zusammenhang von wissenschaftlicher und technischer Leistung, utopischen Größenphantasien, rücksichtsloser Ausbeutung und menschenverachtender Politik wird in dieser Ausstellung anschaulich und nachvollziehbar deutlich. Das nunmehr zu besichtigende Konzept der Ausstellung ist nicht unumstritten und war nur gegen Widerstände durchzusetzen. Ob es sich auf Dauer halten lässt, ist nach dem Weggang des langjährigen Leiters noch offen.

Eine Bemerkung zum Schluss

Politische Bildung in Form von Studienfahrten gehört mittlerweile zum selbstverständlichen Angebot vieler politischer Bildner. Auch die *Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)* erkennt diese Vermittlungsform politischer Bildung durchaus als „förderungswürdig“ an. Doch stellen die unrealistischen Förderbedingungen, die auf ein als Studienfahrt konzipiertes Seminar nicht anwendbar sind, für den Zuwendungsempfänger ein Problem dar. Ein Acht-Stunden-Unterrichtsrhythmus ist in einer Veranstaltung, die auf Fortbewegung im wahrsten Sinne des Wortes angelegt ist, nicht zu schaffen. Das Pendeln zwischen Parlamenten, Ministerien, Gedenkstätten, Museen und Hotel, die Eingangskontrollen vor Ort, die notwendigen Erholungspausen und Mahlzeiten und die zum Teil eingeschränkte Mobilität der Teilnehmenden benötigen nun einmal Zeit. Eine Wegstrecke, die von Jugendlichen in fünf Minuten bewältigt wird, dauert bei älteren Teilnehmenden gern doppelt bis dreimal so lange. Auch das Zurechtfinden in fremden Gebäuden oder schlichte Selbstverständlichkeiten wie Toilettenpausen – außerhalb einer festen Tagungsstätte – sind Faktoren, die bei der zeitlichen Planung des Programms einkalkuliert werden müssen, aber bei der Berechnung von Unterrichtseinheiten keine Rolle spielen. Ein Achtstunden-Unterrichtstag – wie von der BpB gefordert – würde jeden Tag vom frühen Morgen bis in die späten Abendstunden dauern und selbst die engagierteste Seminargruppe spätestens am zweiten Tag zur Meuterei bringen, vom dabei erzielten Lerneffekt ganz zu schweigen.

Lehreinheiten im gemeinsamen Fortbewegungsmittel Bus sind ebenfalls von der Förderung ausgenommen, so dass die Forderung nach fachlichen Hinführungen zu besuchten Orten (z. B. bei Gedenkstätten, die auf der Hin- und Rückfahrt angefahren werden), irrelevant wird, wenn dazu durchgeführte „Unterrichtseinheiten“ nicht anerkannt werden, weil sie im Bus stattgefunden haben. So kommt es, dass die Teilnehmer/innen zwar von morgens bis abends ein anstrengendes Programm absolvieren, von sechs Tagen Seminardauer dann aber maximal drei Tage von der BpB als förderungswürdig anerkannt werden. Der recht hohe Teilnehmerbeitrag erlaubt es zwar in der Regel, diese „Förderungslücken“ zu überbrücken, jedoch sollte nicht übersehen werden, dass bei dieser Art der Förderung letztlich nur eine einigermaßen finanzkräftige Klientel das Angebot wahrnehmen kann. Andere Zielgruppen – Jugendliche und sozial benachteiligte Bürger/innen, von denen ein stark reduzierter Teilnehmerbeitrag erhoben wird – laufen Gefahr, bei anhaltenden Kürzungen der Zuwendungsmittel durch den Rost zu fallen, wenn die Gewährung der ohnehin weniger werdenden Mittel sich weiterhin ausschließlich an quantitativen Förderkriterien wie erbrachten Unterrichtsstunden orientiert. Auch ein mit öffentlichen Mitteln geförderter Bildungsträger muss wirtschaftlich arbeiten und kann nicht unbegrenzt „Sonderkonditionen“ für bestimmte Zielgruppen anbieten.

Studienfahrten stellen eine Ergänzung und Bereicherung des vielfältigen Angebots außerschulischer politischer Jugend- und Erwachsenenbildung dar

Studienfahrten sind sicher nicht der Königsweg politischer Bildung. Sie stellen aber eine Ergänzung und Bereicherung des vielfältigen Angebots außerschulischer politischer Jugend- und Erwachsenenbildung dar. Mit ihnen lassen sich Lernziele erreichen, die mit konventionellen Vermittlungsformen nicht zu realisieren sind. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer denken nach

einer Studienreise oft anders als zuvor. Viele bekunden, dass sie erst durch die Fahrt ein vertieftes Bild von Europa, von der „großen Politik“ in Berlin oder von der Situation in den neuen Bundesländern gewonnen haben und motiviert wurden, das politische Geschehen in Zukunft aufmerksamer zu verfolgen oder z. B. den europäischen Einigungsprozess aktiver und aufgeschlossener als vorher zu unterstützen. Die Nachhaltigkeit solcher Äußerungen und ihre Umsetzung im Alltag der Teilnehmenden lassen sich natürlich nicht objektiv überprüfen, doch sollte der Lern- und Multiplikatoreneffekt gerade bei den sperrigen Themen „Europa“ oder „Institutionenkunde“ nicht unterschätzt werden. Nach einer Studienfahrt sind die meisten Teilnehmer/innen außerdem von der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit politischer Bildungsarbeit – und deren Unterstützung durch die öffentliche Hand – überzeugt. Politische Bildung sollte deshalb den Mut zu Studienreisen haben, auch wenn „Kritiker und Neider nur pure Reiselust unterstellen“.⁸



*Ulrike Steimann ist Studienleiterin bei der Karl-Arnold-Stiftung und dort zu erreichen über die Adresse Hauptstraße 487, 53639 Königswinter.
E-Mail: u.steimann@karl-arnold-stiftung.de*

⁸ Klaus Jentsch, aaO S. 82.